

Ressort: Finanzen

DIHK: Neue Regierung muss weitere Kostensteigerungen bei Energiewende verhindern

Berlin, 16.12.2013, 08:22 Uhr

GDN - Die Energiewende steht für die deutsche Wirtschaft ganz oben auf der Prioritätenliste der neuen Bundesregierung: "Es muss alles daran gesetzt werden, dass die Kosten für die Wirtschaft und die Bürger nicht noch weiter wachsen", sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer, der "Welt". Es sei gut, dass die neue Bundesregierung stehe und ihre Arbeit aufnehmen könne.

Die Herausforderungen für die nächsten vier Jahre seien groß, sagte Schweitzer. "Bei allen Projekten, die die Bundesregierung auf den Weg bringt, gilt es an erster Stelle zu fragen: Festigen wir damit die wirtschaftliche Entwicklung und sichern damit Arbeitsplätze in Deutschland?" Der kombinierte Finanzierungs- und Beschäftigungsvorbehalt sei dafür das Top-Kriterium. Deshalb müsse die Regierung gerade beim Mindestlohn und den Rentenplänen mit viel Augenmaß vorgehen, forderte der DIHK-Chef.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-26953/dihk-neue-regierung-muss-weitere-kostensteigerungen-bei-energiewende-verhindern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com